

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

21.11.1929 (No. 272)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
C. Heßelbrecht
C. Amen
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,20 RM, einl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abat, der als Kassenabatt gilt und ortsverändert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwingender Verbreitung, und Konkursverfahren fällt der Abatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Für Bayerns Eigenstaatlichkeit

Der neue Landtagspräsident

Der Bayerische Landtag wählte am Mittwoch an Stelle des vor einigen Monaten verstorbenen Dr. Königbauer den von der Bayerischen Volkspartei präsentierten Abgeordneten Oberstudientrat Stang, bisher Vorsitzender seiner Fraktion und Vorsitzender des Staatshaushaltsausschusses, einstimmig durch Jucuz zum Präsidenten.

Der neue Präsident erklärte in einer längeren Rede, daß die einzelstaatlichen Landtage das Recht haben müßten, auch in außenpolitischen Fragen vor Entscheidungen im Reich die Stimme zu erheben. Er verband mit der Hoffnung auf eine Vereinigung Österreichs mit dem Reich die Forderung, daß bei dessen Neugestaltung der bayerische Staat ein starkes, das Reich stützendes Glied sei und seine eigenstaatliche Lebenskraft als selbständiges Gebilde behauptet und gestärkt. Bayern wolle und werde als Staat nicht sterben und könne keine Erleichterung seines Sterbens geduldig hinnehmen, sondern es sei entschlossen, seinen festen und starken Lebenswillen aufrechtzuerhalten.

Zur Tagung der Länderkonferenz

Zu dem bereits mitgeteilten amtlichen Bericht über die Tagung der Unterausschüsse der Länderkonferenz schreibt die „Bayerische Staatsztg.“:

Der Bericht ist in seiner vorliegenden Form geeignet, in der Öffentlichkeit Verwirrung anzurichten. Wichtige oder auch eine Bindung hinauslaufende Beschlüsse sind in dem Unterausschuß des Verfassungsausschusses nicht gefaßt worden. Es handelt sich lediglich um gutachtliche Äußerungen eines willkürlich zusammengesetzten Unterausschusses. Der preussische Ministerialdirektor Dr. Bredt, der gemeinhin als Vertreter Preußens gilt, hat nur für seine Person, also nicht namens der preussischen Staatsregierung seine jeweiligen Meinungen dargelegt. Was die Haltung Bayerns selbst angeht, so muß man sagen, daß, wie auch die einzelnen Abstimmungen ausfallen mögen und wie sich vor allem auch die Gesamtabstimmung am 7. Dezember gestalten mag, sich in diesen zwei Tagen auf Grund der Stellungnahme des bayerischen Ministerpräsidenten alle Mitglieder der Länderkonferenz darüber wohl klar geworden sein dürften, daß Bayern nicht mit Gewalt in einen großpreussischen Einheitsstaat hineingepreßt werden kann. Es gibt Dinge, die Bayern eben nicht mitmachen wird.

Beginn des Deutschnationalen Parteitag

W.D. Kassel, 21. Nov. (Tel.) Hier begann heute der neunnte Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei. Heute nachmittag tritt der Parteivorstand zusammen, um zunächst den Bericht des Parteiführers, Dr. Dugenberg, entgegenzunehmen. Dabei werden die Fragen im Vordergrund stehen, die mit dem Volksbegehren und mit dem Volksentscheid zusammenhängen. Es wird angenommen, daß die Aussprache und damit die Tagung am Samstagmittag zu Ende geht.

Versehen bei der Bildung der britischen Regierung

W.D. London, 21. Nov. (Tel.) Ein Landparter hat die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß ihr sieben Unterhausmitglieder als Unterstaatssekretäre angehören, während nach dem Gesetz nur sechs Unterstaatssekretäre im Unterhaus Sitz und Stimme haben dürfen. Bisher hatte niemand in der Regierung und im Parlament das Versehen bemerkt. Wahrscheinlich wird die Regierung einen Indemnitätsantrag einbringen müssen, wie es schon einmal, im Jahre 1865, notwendig wurde, wo ein ähnliches Versehen vorlag.

Die englische Kohlenwirtschaft

W.D. London, 21. Nov. (Tel.) Die nationale Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterverbandes beschloß in einer Zusammenkunft, die hier abgehalten wurde, mit großer Mehrheit, die Regierungsvorschläge anzunehmen. Nur die Vertreter von Yorkshire und Forest of Dean stimmten dagegen. Die Vorschläge enthalten u. a.: Die Verkürzung des Arbeitstages auf 7 1/2 Stunden, die Schaffung eines nationalen Lohnamtes für die Kohlenbergbauindustrie, die obligatorische Einführung einer Vorschrift zur Regelung der Förderung und der Preise, sowie den allmählichen Erwerb von Bergrechten durch den Staat.

Die Diktatur in Portugal

W.D. Paris, 21. Nov. (Tel.) Sabas berichtet aus Lissabon, daß der Ministerrat beschloßen hat, das Regime der Diktatur unter Mitarbeit der politischen Parteien fortzusetzen, so lange es notwendig ist, um folgendes Programm durchzuführen: Budgetausgleich, Währungsreform, wirtschaftliche Wiederherstellung Portugals und seiner Kolonien, politische und soziale Wiederherstellung des Landes durch Förderung der Stabtratsverwaltungen und durch Vorbereitung der Bedingungen, die die volle Unabhängigkeit der staatlichen Behörden garantieren sollen.

Der spanische Innenminister, General Martinez Anido, traf heute, Donnerstag, zu einem inoffiziellen Besuch Deutschlands in Berlin ein. Der Minister wird sich drei Tage in Berlin aufhalten und dabei u. a. die Einrichtungen der Schutzpolizei und Berliner Lungenheilstätten besichtigen. Er begibt sich dann nach Hamburg und weiterhin ins Rheinland.

Teilweise Einstellung des Bromberger Schörratsverfahrens. Wie aus Bromberg gemeldet wird, ist die gegen 37 Mitglieder des vor sechs Jahren aufgelösten Deutschbundes eingeleitete Untersuchung wegen Schörrats eingestellt worden. Gegen 5 Mitglieder bleibt die Untersuchung bestehen, ebenso gegen 8 weitere Mitglieder, die wegen staatsfeindlicher Tätigkeit angeklagt sind.

Letzte Nachrichten

Beginn der Saarverhandlungen

Eröffnungssitzung im Pariser Außenministerium

W.D. Paris, 21. Nov. (Tel.) Außenminister Briand hat heute vormittag vor Eröffnung der Saarverhandlungen den deutschen Botschafter von Hoeßch und den Leiter der deutschen Saardelegation, Staatssekretär a. D. Simson, empfangen. Simson hat, ebenfalls in Begleitung des deutschen Botschafters, gestern abend dem Generalsekretär des Außenministeriums, Philipp Berthelot, einen Besuch abgestattet. Die Eröffnungssitzung der Verhandlungen hat um 11 Uhr begonnen. Sie ist nicht öffentlich und findet im Uhrensaal des Außenministeriums statt.

Gegen die Stimmungsmache der Pariser Rechtspresse

W.D. Paris, 21. Nov. (Tel.) Die heute vormittag beginnenden deutsch-französischen Verhandlungen über das Saarproblem nehmen bereits seit Monaten die Aufmerksamkeit der französischen Presse in Anspruch. Es hat eine lebhaft agitierte Stimmung zugunsten der Aufrechtserhaltung des Status quo bis 1935 eingekehrt, und zwar fast ausschließlich in der Presse der rechten Parteien, während die übrige Presse, namentlich nach den Erklärungen Briands in der Kammer, sich auf den Boden der im Haag zwischen dem verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Briand festgelegten Tatsachen stellt.

Der „Matin“ schreibt, man dürfe sich nicht durch gewisse tendenziöse Nachrichten irreführen lassen und das wirkliche Ziel der Verhandlungen nicht aus dem Auge verlieren. In Wirklichkeit habe Frankreich, ohne das Ergebnis der Volksabstimmung abzuwarten, die nach dem Versailler Vertrag 1919 stattfinden müßte, eingewilligt, die Hypothese der Vereinigung des Saargebietes mit Deutschland ins Auge zu fassen. Es handle sich nicht um einen Verzicht, denn die Konklusion der beginnenden Verhandlungen würde für nichtig erklärt werden in dem allerdings ziemlich problematischen Falle, daß die Volksabstimmung im Saargebiet für Frankreich günstig ausfalle.

Der „Quotidien“, das Organ des Landwirtschaftsministers Genneff, schreibt: Alle ernsten Staaten, besonders die der Liga für Menschenrechte, sind im Saargebiet zu dem gleichen Ergebnis gekommen, nämlich: die Saarländer werden im Jahre 1935 wie auch jetzt den Wunsch haben, Deutsche zu bleiben. Es handle sich also für Frankreich nur darum, aus der Gegenwart Nutzen zu ziehen, indem man auf ein Plebiszit verzichte bei dem sich der Mißerfolg einer vergeblichen Vermählung der Französisierung nur bestätigen würde.

Vor den Konferenzen

England für Beschleunigung der Haager Konferenz

W.D. London, 21. Nov. (Tel.) „Times“ spricht die Erwartung aus, daß die französische Regierung einem früheren Datum als dem inoffiziell vorgeschlagenen 5. Januar als Beginn der zweiten Haager Konferenz zustimmen werde. Je früher im Januar die Konferenz abgehalten werde, um so leichter werde es der britischen Regierung fallen, die Aufgaben eines sehr arbeitsreichen Monats zu bewältigen, zumal nicht ausgeschlossen sei, daß sich die Konferenz vielleicht infolge der Ansprüche einiger kleinerer Mächte in die Länge ziehen werde. Ihre Fortdauer bis in die vierte Januarwoche aber, wo die Fünfmächtekonferenz in London und der Völkerbundrat in Genf zusammenzutreten sollen, würde, maßvoll ausgedrückt, als sehr unangenehm empfunden werden.

Der Staatssekretär des Äußern, Henderson, empfing gestern abend den deutschen Botschafter Stamer. Es verläutet, daß Fragen, die mit der zweiten Haager Konferenz zusammenhängen, dabei zur Erörterung kamen, u. a. auch das Eröffnungsdatum.

Japans Programm für die Flottenkonferenz

W.D. London, 21. Nov. (Tel.) Der Korrespondent der „Times“ in Tokio hatte eine Unterredung mit dem Führer der japanischen Delegation für die Londoner Marinekonferenz, Wakatsuki. Dieser erklärte u. a.: Wir sind nicht der Meinung, daß eine japanische Kreuzerflotte, die sieben Zehntel der Kreuzerflotte der Vereinigten Staaten bzw. Englands ausmachen würde, eine Bedrohung für irgend ein anderes Land wäre. Gegen eine Einschränkung der Tonnage der einzelnen Kreuzer und Zerstörer und gegen eine Verlängerung der Dienstzeit von Kreuzern, haben wir nichts einzuwenden. Auf U-Boote kann Japan nicht verzichten. Wir beabsichtigen nicht, sie gegen den Handel zu verwenden, sondern sie sollen dazu dienen, feindliche Streitkräfte von unseren heimischen Gewässern fernzuhalten.

Falsche Gerüchte über den Reichspräsidenten

Fr. Berlin, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Die heute vormittag verbreiteten Gerüchte, die von einem Schlaganfall, ja sogar vom Ableben des Reichspräsidenten wissen wollten, entbehren, wie zuverlässig festgestellt werden kann, jeder Grundlage. Der Reichspräsident befindet sich vollkommen wohl.

Die Angelegenheit Lampel und Genossen

W.D. Breslau, 21. Nov. (Tel.) In Sachen Lampel und Genossen hat auf den Haftentlassungsantrag der Beschuldigten der Untersuchungsrichter in Reife entschieden, daß die Angeklagten von der weiteren Untersuchungshaft verschont bleiben sollen, wenn sie insgesamt eine Kaution von 20 000 Reichsmark hinterlegen.

Bildungsarbeit in den Gemeinden

Von Dr. Franz Rheinart

Wenn die noch immer wachsende Finanznot der Gemeinden die Erfüllung so mancher dringend wünschenswerter Aufgabe unmöglich macht, so kann die Bildungsarbeit der Gemeinden in einem gewissen Umfang unabhängig von der leidigen Finanzierungsfrage geleistet werden. Denn die Volksbildungsarbeit, die die Gemeinden leisten können und leisten sollen, erfordert im allgemeinen keine großen finanziellen Opfer. Gerade in einer Zeit aber, in der die Gemeinden auf so manchen Gebieten ihre Tätigkeit einschränken müssen, ist es für sie um so notwendiger, auf geistigem Gebiete zu wirken, zumal hier ja alle Erfolge letzten Endes auch der künftigen Entwicklung der Gemeinde zugute kommen. Seitdem das Wahlrecht zu den Gemeindeparlamenten jedem Bürger in die Hand gegeben worden ist, muß es als eine um so dringlichere Aufgabe der Gemeinde angesehen werden, ihre Bürger auch zu fruchtbarer Mitarbeit an den Gemeindefragen zu befähigen. Kommunale Bildungsarbeit ist darum heute nötiger denn je, und sie ist auch nicht unfruchtbar, weil die Erfahrung immer wieder zeigt, daß weite Volkstreffen jede Möglichkeit der Fortbildung gern benutzen, die ihnen geboten wird. Zum Beweise hierfür braucht man nur an den starken Besuch fast aller öffentlichen Bibliotheken und sonstigen Bildungsinstitute zu erinnern. Durch die Vernichtung der alten Vermögen und die Proletarisierung breiter Mittelstandsschichten sind zahlreiche Bürger nicht mehr in der Lage, sich diejenigen Bildungsmittel zu beschaffen, die ihnen in besseren Zeiten unentbehrlich waren. Hier hat die kommunale Bildungsarbeit eine Bedeutung gewonnen, die weit über die früheren Zeiten hinausgeht.

Die Formen, in denen die Gemeinde Bildungsarbeit leisten kann, sind sehr verschiedener Art. Öffentliche Bibliotheken und Besehallen schaffen nur Bildungsmöglichkeiten. Sie müssen ergänzt werden durch aktive Anleitung und Erziehung zum Erwerb von Bildungsgütern. Die Volkshochschulbewegung hat Wege gezeigt, auf denen den breiten Massen der Bevölkerung, soweit sie bildungsfähig und bildungshungrig sind, ein Wissen vermittelt werden kann, das ihrer Vorbildung und ihrem Aufstufungsvermögen entspricht. Aber diese Wege sind nicht einmal neu.

Seit langen Jahren arbeitet z. B. die Gesellschaft für Volksbildung an der Verbreitung praktischen Wissens in populären, aber nicht flachen Formen. Auf dem Gebiete der Einrichtung von Volksbibliotheken und Wanderbüchereien, der Veranstaltung von Vorträgen und Kursen, der Fruchtbarmachung des Lichtbilds und des Films für Volksbildungszwecke, der Schaffung von Wanderbühnen, Wanderausstellungen usw. hat sich die Gesellschaft in jahrzehntelanger aufopfernder Tätigkeit unerschöpfbare Verdienste um die Fortbildung der Massen erworben. Zu ihren Mitgliedern zählen gegenwärtig 5200 Körperschaften und 5626 Einzelpersonen. Unter den körperchaftlichen Mitgliedern befinden sich 733 Magistrate, Gemeinden und Behörden. Zahlreiche Stadtverwaltungen führen der Gesellschaft über ihre Mitgliederbeiträge hinaus Beiträge zu, um sie in der Erfüllung ihrer ideellen Aufgaben zu fördern, denn aus den Mitgliederbeiträgen fließt ein kleiner Teil der Einnahmen, mit denen die Gesellschaft ihre Arbeit finanzieren muß. Denn trotz ihres nicht unbeträchtlichen Vereinsvermögens und einer Jahreseinnahme von rund 1 Million Reichsmark könnte sie noch ungleich erfolgreicher wirken und die Basis ihrer Arbeit wesentlich erweitern, wenn ihr in noch größerem Umfang öffentliche Mittel zugeführt würden. Im Verhältnis zu den Beträgen, die auf anderen Gebieten kommunaler Tätigkeit notwendig sind, um die erstrebten Ziele zu erreichen, kann Volksbildungsarbeit, wie schon erwähnt, mit relativ geringfügigen Mitteln erfolgreich geleistet werden.

Ein besonderes Verdienst der Gesellschaft für Volksbildung besteht darin, daß sich ihr Wirken keineswegs etwa auf die großen Städte beschränkt, sondern daß sie gerade in Mittel- und Kleinstädten, sowie auf dem flachen Lande ihren Hauptwirkungsbereich gefunden hat. In den Großstädten gibt es Bildungsmaterial aller Art, die auch der Winderbemittelte häufig sich zugänglich machen kann. In den Mittel- und Kleingemeinden ist das Bildungsbedürfnis noch ungeheuer groß, und es fehlt fast überall an Institutionen zu seiner Befriedigung. Die Mittel- und Kleingemeinden, die die überaus sich regenden Volksbildungsbestrebungen fördern wollen, finden bei der Gesellschaft für Volksbildung Anregung und Beratung. Denn es ist nicht immer leicht, volksbildnerische Einrichtungen so zu organisieren, daß sie einerseits ihren Bildungszweck erfüllen, andererseits aber bei den breiten Massen der Bevölkerung gleich von vornherein das nötige Interesse finden. Zu erfolg-

reicher Bildungsarbeit gehört Erfahrung, gehören aber auch zahlreiche Hilfsleistungen, wie Lichtbilder, kulturelle Filme, geeignete und passende Vortragende usw., alles wichtige Voraussetzungen für einen Erfolg, den sich die einzelne Gemeinde nicht selbst schaffen kann. Auch die Fragen der Vorbereitung der Volkshilfsabende, der Werbung für einen guten Besuch, der mindestens teilweise Finanzierung durch Eintrittsgelder können nicht immer von den Gemeinden selbst befriedigend gelöst werden.

Hier ist eine umfassende Organisation notwendig, wie sie die Gesellschaft für Volksbildung darstellt. Die Erfahrung lehrt aber, daß nicht nur kleine und mittlere Städte, sondern auch Landgemeinden großes auf dem Gebiete der Volkshilfsarbeit leisten können, wenn sie diese Aufgabe nur richtig anpacken und von einzelnen Mißerfolgen sich nicht abschrecken lassen.

Vertrauensvoten für die französische Regierung

Die französische Kammer hat am Mittwoch mit 581 gegen drei Stimmen den Gesetzentwurf zur Regelung des Getreidehandels angenommen, der ein staatliches Getreideamt schafft. In der Debatte vertrat der sozialistische Abgeordnete Monnet einen weitergehenden Gesetzentwurf seiner Partei, der die Einführung des staatlichen Handelsmonopols für Getreide und Dünger vorsieht. Die Regierung stellte gegen diesen Antrag die Vertrauensfrage, worauf der sozialistische Antrag mit 340 gegen 245 Stimmen abgelehnt wurde. Die Regierung stellte dann ein zweites Mal die Vertrauensfrage, und zwar gegen einen Antrag des linksrepublikanischen Abgeordneten Amat, der verlangte, daß dem Kriegsministerium ein Kredit von 600 Millionen Franken zum Ankauf von Getreide gewährt werden solle. Dieser Antrag wurde mit 365 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Neue Briefe des Düsseldorf Mörders

Dr. Düsseldorf, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Der Düsseldorf Mörder hat der Pflegenmutter der von seiner Hand ums Leben gekommenen fünfjährigen Gertrud Aßmann, einer Frau Wiese, zwei Briefe geschrieben, in denen er die Ermordung des Kindes in allen Einzelheiten schildert. Frau Wiese unternahm, als sie die Briefe gelesen hatte, einen Selbstmordversuch. Von den beiden Briefen enthält der erste und längste die genaue Schilderung der Tat. Er beginnt mit Versen, dann fällt der Schreiber in einen dramatischen Dialog, Rede und Gegenrede werden angeführt, und dann wird der Überfall auf das Kind, die verzweifelte Gegenwehr, die Messerstiche, das Schreien und die schließliche Ermordung in allen Einzelheiten geschildert. Das zweite Schreiben ist dem Blatte zufolge in seiner Wirkung womöglich noch entsetzlicher. Es ist ein Liebesbrief an das tote Kind, geschrieben von dem Mörder. Diese Briefe werden zur Zeit von den Schriftsachverständigen untersucht.

Automatische Steuerung für Flugzeuge

Wie der amtliche britische Flurdienst meldet, haben Techniker der britischen Luftstreitkräfte nach langwierigen Versuchen ein Hilfsmittel für Flugzeuge konstruiert, dem große Bedeutung beigemessen wird. Es handelt sich um einen Mechanismus, der unabhängig vom Piloten das Flugzeug veranlaßt, sich automatisch in der Höhe zu halten. Der Apparat, der etwa 100 Pfund wiegt, kontrolliert durch Ventile die Seiten- und Quersteuer. Er muß natürlich von dem Piloten bedient werden, kann jedoch, wenn dieser anderweitig von Reparaturen oder dergleichen in Anspruch genommen wird, das Flugzeug auch bei ungünstigem Wetter auf längere Strecken selbstständig steuern. Der Mechanismus hat sich bei Versuchsflügen glänzend bewährt.

Bei Braunschweig wurde ein neues Eisenbahnattentat entdeckt. Ein Personenzug fuhr auf drei Sandsteinplatten auf, die auf die Schienen gelegt worden waren. Die Lokomotive zermalmte die etwa 250 Kilogramm schweren Steinplatten und wurde nur leicht beschädigt.

Der in Prag verhaftete Direktor der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G., Sauerbrey, wird wegen Betruges, begangen durch die Auswechslung der Photographie in dem Paß seines Schwagers, sowie wegen falscher Anmeldung angeklagt werden. Nach Verbüßung der Strafe wird er an Deutschland ausgeliefert werden.

In Eastland (Texas) wurde ein Verbrecher namens Marshall K.cliffe, der wegen eines Überfalles auf eine Bank zum Tode verurteilt worden war, aus dem Gefängnis entführt und getötet. Die Menge, die durch einen Fuchtwortsuch, bei dem Matrosen einen Beamten schwer verletzt hatte, aufgebracht war, hängte ihn an einer Telegraphenstange auf. Der Strid riß, und die Menge wartete eine halbe Stunde, bis ein neuer Strid beigebracht war, mit dem die Volksjustiz ausgeübt wurde.

Gastspiel des hebräischen Künstlertrahers „Habima“

Im Gegensatz zu den in den beiden vorangegangenen Jahren gegebenen Stücken, die in ureigenem Maßstab wirkten und ganz elementar wirkten, brachte die „Habima“ diesmal eine Tragödie aus der jüdischen Königsgeschichte in einer Übersetzung und Bearbeitung nach Calderon. Der gewachsene Kunst von ebendem schaute daher diesmal bewußte Kunst dramatisch über die Schulter. Diese Tatsache schlug sich auch in der Darstellungsweise der Künstler nieder, soweit eben das bei dem uns völlig fremden Idiom nachprüfbar ist. Im ganzen blieb aber die unerhörte zuhörtliche Kunst der östlichen Götter in ihrer musikalischen Diktion, in ihrer ausdrucksvollen Gestalt, in ihren Masken, in ihrer absolut künstlerischen Gesamthaltung bestehen. In dem Kampf der Söhne Davids um die Königstürne gab sich eine bunte Abfolge von acht Bildern, die bei äußerster szenischer Sparbarkeit doch jeweils stärkste Kraft entwickelte. Für Maler und künstlerisch gerichtete Besucher allein schon ein Genuß.

Problematischer ist naturgemäß, der rein schauspielerischen Leistung zu folgen, weil schließlich trotz aller Betonung der Nebentöne immerhin das Wort das Drama ausmacht. Waren die verschiedenen Stadien des erbitterten Wettstreits um „Davids Krone“ — so heißt das Werk — nur in groben Umrissen eingängig, so ergab sich das vielfältige in die Staatsaktion eingesprengte Motiv der Geschwisterliebe zwischen Hamar und Amnon ohne weiteres verständliche leidenschaftliche Anteilnahme. Die von früher her hier bekannte A. Nowina, in faszinierender bildfarrer Schöner, ergriff in ihrer Szene der Abweisung durch ihren Bruder, der sie vor dem wild an sich gerissen, hernach aber zurückgestoßen hatte, als in ihr das erotische Gift flammte, unmittelbar und passend. In lapidarer Größe gab Rehm den alten König David, Friedland den bedrängten, falschschönen Absolom. Wie bei der „Habima“ gewohnt, gab es überhaupt keinen leeren Schauspieler. Das Haus war äußert schwach besetzt, der Beifall gleichwohl lebhaft bis zu spontanen Begeisterungsausbrüchen. Dr.

Kurze Nachrichten

Das Ständeherrengericht. Wie der „Demokrat, Zeitungsb.“ mitteilt, ist nach längerem Verhandlungen eine Einigung zwischen der Regierungspartei über das Ständeherrengericht erfolgt. Der Korrespondenz zufolge könne angenommen werden, daß der Gesetzentwurf in der nächsten Woche vom Reichstag erledigt werden wird.

Im Lohnstreit der deutschen Schuhindustrie haben Verhandlungen, die am Montag im Reichsarbeitsministerium begannen, zu keiner Entscheidung der Parteien geführt. Es wurde eine Schlichterkammer gebildet, die Mittwoch abend einen Schiedspruch gefällt hat. Der Mindestlohn der männlichen Arbeiter über 21 Jahre (Ortsklasse I) soll 86 Pf. betragen. Die übrigen Löhne sollen wie bisher gestaffelt bleiben. Die Parteien haben sich bis zum 27. November über Annahme oder Ablehnung zu erklären.

Im Lohnkampf im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sind die Parteien für Freitag, den 22. d. M., vom Schlichter geladen.

Keine Ausreisegenehmigung für die Rußlanddeutschen. Die Moskauer Verwaltungsbehörden verweigern jetzt die Ausreisegenehmigung für die deutschstämmigen Kolonisten und überlassen die Entscheidung der Frage dem Räte der Volkskommissare. Welche Gründe für diese Entscheidung, die vollständig unerwartet kommt, vorliegen, ist nicht bekannt.

Die belgische Kabinetskrise, deren Ausbruch nach einem Tage zum anderen voraussetzt, ist überraschenderweise durch einen Beschluß der Liberalen, sich den Forderungen und der Forderung der flämischen Radikalen und des Ministerpräsidenten Japart aus politischen Rücksichten zu beugen, vermieden worden. Die Flamifizierung der Universität Gent ist somit eine beschlossene Sache geworden.

Aufhebung der militärischen Dienstpflicht in Australien. Das neue australische Parlament wurde am Mittwoch mit der Verlesung der Chronik eröffnet, in der u. a. mitgeteilt wird, daß sich die Regierung entschlossen habe, die militärischen Dienstpflicht das Freiwilligenheer einzuführen. Angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit will die australische Regierung ferner die britische Reichsregierung darum ersuchen, den Plan, die Auswanderung aus England durch freie Überfahrt nach den überseeischen Ländern zu fördern, vorläufig zurückzustellen.

Gefährdete Notstandsarbeiten

Der Reichstag hat unter dem Druce der Finanzen die Mittel für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge sehr eingeschränkt. Die Wirkungen treten jetzt, wie der „Reichsstadte.“ schreibt, mit zunehmender Deutlichkeit zutage. Zahlreiche mit den Landesarbeitsämtern vorbereitete, vielfach auf deren Anregung eingeleitete Notstandsarbeiten können nicht mehr gefördert werden und bleiben unausgeführt. Für die laufenden Arbeiten und Anerkennungen ausgeföhrt, und ist die verstärkte Förderung genehmigt — aber mit dem Vorbehalt, daß die Mittel dafür zur Verfügung stehen.

Zunächst sieht die Mittel jetzt vielfach nicht mehr zur Verfügung. Arbeit, von denen man sich eine wesentliche Förderung unserer Wirtschaft versprechen durfte, werden eingestellt, denn die Träger der Maßnahmen sind nicht in der Lage, den auf die verstärkte Förderung entfallenden Beitrag anderweitig aufzubringen. Ein bedeutender Rückgang der Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter wird die Folge sein. Dieser Abbau der Leistungen auf einem bedeutungsvollen Gebiete der Erwerbslosenhilfe und der Wirtschaftshilfe wird bei anliegender Arbeitslosigkeit doppelt fühlbar sein. Hinzu kommt, daß man die großen, mit verstärkter Förderung ausgeföhrteten Arbeiten wohl freuden kann, was gerade in der Sommerzeit bei der günstigen Arbeitsmarktlage geschehen ist, daß man sie aber nicht liegen lassen darf, ohne den Wert der bisher geleisteten Arbeit zu gefährden.

Daher ist dringend zu wünschen, daß die zur Zeit aus allen Reichsteilen ergehenden Forderungen auf ungeschmälerte Weiterführung der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge nicht ungehört bleiben.

Die gesamten Reichsteuergebühren mit ergänzendem Anhang. Textausgabe mit eingehenden Verweisungen und Anmerkungen sowie ausführlichem Sachregister, von Reichsfinanzrat Dr. R. W. Koch, Mitglied des Reichsfinanzhofes. Zweite, neubearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage. XII, 740 Seiten H. 8°. München 1930. C. S. Vof, Leinenband 8 M. — Der Band enthält nun nicht weniger als 31 Gesetze, und zwar sowohl die Steuergrundgesetze (KStG, ABewG, FinAusglG, uvm.) als auch sämtliche Einzelsteuergesetze (Verkehrs-, Verbrauchssteuergesetze). In einem Anhang befinden sich zahlreiche ergänzende Gesetze. Ihren besonderen Wert erhält die Ausgabe durch ungewöhnlich zahlreiche und eingehende Verweisungen und Anmerkungen. Auf diese Weise ist in einem handlichen Band (Dünndruckpapier) ein Taschenkompendium der gesamten Steuerleggebung geschaffen worden.

Die Zuschüsse für die staatlichen Theater in Preußen

In dem neuen preussischen Etat werden die staatlichen Theater in Berlin, Kassel, Wiesbaden mit einem Ausgabenetat von 17 822 300 M. verzeichnet. Demgegenüber liegen 7 956 000 M. Einnahmen, so daß ein Zuschuß von 9 866 300 M. verbleibt. Der Zuschuß im Jahre 1919 belief sich auf 7 854 700 M. und der des Jahres 1918 auf 2 033 808 M. Für das Soloperpersonal der Staatsoper sind 70 Stellen vorgesehen mit einer Durchschnittsbesoldung von 22 493 M. im Jahr. Für den Operndirigenten sind vermehrt 160 Stellen mit einer Durchschnittsbesoldung von 4125 M. Beim staatlichen Schauspielhaus in Berlin sind für das Soloperpersonal 78 Stellen vorgesehen mit einer Durchschnittsbesoldung von 11 465 M. Der gesamte Ausgabenetat der staatlichen Theater in Berlin beträgt sich auf 11 766 200 M., der Ausgabenetat des staatlichen Theaters in Kassel auf 2 129 500 M. und der des staatlichen Theaters in Wiesbaden auf 3 226 000 M.

Friedtal-badische Vereinigung für Heimatkunde. Im Rathaus in Schweizerisch Rheinfelden fand am Sonntag die von badischer und schweizerischer Seite gut besuchte Jahresversammlung der Friedtal-badischen Vereinigung für Heimatkunde und Heimatpflege statt. Nach Erstattung des Jahresberichts hielt Schriftsteller Dr. Gustav Adolf Frey einen Vortrag über den Rheinfelder Bürgermeister Joseph Dieck, einen gebürtigen Hohenwälder, der es in der Schweiz zu großem Ansehen und Reichtum brachte. Bürgermeister Krutzer wies in seinem Vortrag auf das gute Einvernehmen der vier Badstädte hin.

Prof. Walter Firtle †. In München ist der Kunstmaler Prof. Walter Firtle nach längerem Leiden gestorben. Firtle war in Breslau geboren und wirkte seit 1879 an der Akademie in München.

Gerhart Hauptmanns neues dramatisches Werk „Sput“ wird am 3. Dezember am Wiener Burgtheater zur Aufführung kommen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Cente nachmittag Wahl der Regierung

Präsident Dr. Baumgartner eröffnete kurz nach 9 Uhr die 2. Sitzung des Badischen Landtags bei gutbesetztem Hause und vollbesetzter Zuhörtribüne. Eingegangen sind Denkschriften des Innenministers über die landwirtschaftlichen Bodenverhältnisse und die Verschuldung der Landwirtschaft im Jahre 1928. Ferner liegen neue Anträge und Anfragen aus der Mitte des Hauses vor.

Vereinigung der Wirtschaftspartei mit der Bauernpartei. Die „Wirtschafts- und Bauernpartei“ haben sich unter diesem Namen zu einer Fraktion zusammengeschlossen mit dem Abg. v. Au als 1. Vorsitzenden, Hagin als 2. Vorsitzenden und Spielmann als Schriftführer.

Die Gruppe der Deutschnationalen hat den Abg. Dr. Schmitt, hennner zum 1. Vorsitzenden, Habermehl zum 2. Vorsitzenden und Frau Richter zum Schriftführer bestellt.

Zur Verlesung kommen Protokolle der Nationalsozialisten gegen die Nebenerbete und die Denkschrift über Ausschreitungen im Kriegsbereich, ferner eine Entschließung des Reichsbundes der Kriegsberechtigten gegen Abbaumassnahmen. In bezug auf ein Schreiben des Oberbürgermeisters a. D. Siegrist bez. die Wahl in Willingen erklärt der Präsident, daß er jetzt nicht auf die Sache eingehen wolle. Er habe aber die Absicht, eine nochmalige Überprüfung der gesamten Wahllisten durch den Landeswahlprüfungsausschuß vornehmen zu lassen, da sich auch anderwärts erhebliche Mängel ergeben haben, denen für die Zukunft vorgebeugt werden soll.

1. Punkt der Tagesordnung ist die Wahl der Mitglieder der ständigen Ausschüsse

Der Präsident teilt dazu mit, daß auf Grund der bisherigen Geschäftsordnung die Fraktionsstärke von 6 Mitgliedern beibehalten werden und die Zuteilung der Ausschüsse nach dem Proporz erfolgen soll.

Es sind vier Ausschüsse von je 17 Mitgliedern zu bilden: Haushalt, Rechtspflege und Verwaltung, Gesetze und Beschlüsse, Geschäftsordnung. Das Zentrum solle mit 8, Sozialdemokraten mit 4, Deutsche Volkspartei mit 2, Demokraten, Nationalsozialisten, Wirtschafts- und Bauernpartei mit je 1 Abgeordneten vertreten sein.

Der Präsident gibt sodann die Vorschläge für die Zusammenfassung des Vertrauensmännerauschusses und die obengenannten Ausschüsse namentlich bekannt, denen das Haus ohne Widerspruch zustimmt.

Berichte des Landständischen Ausschusses.

Danach berichtet Abg. Seubert (Ztr.) über die Prüfung der Rechnung der Amortisationskasse für 1928. Beanstandungen werden nicht erhoben.

Abg. Hofheim (Dem.) erbat Bericht über die Prüfung der Rechnung des Domänengrundbuchs für 1928. Auch hier von dem Haus bei mehreren Stimmenthaltungen ohne Beanstandung Kenntnis.

Präsident Dr. Baumgartner gibt den inzwischen erfolgten Eingang einer förmlichen Anfrage des Abg. Dr. Föhr (Ztr.) über die Notlage der Landwirtschaft im oberbadischen Grenzgebiet bekannt.

Auf seinen Vorschlag werden gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten folgende Abgeordnete in den Verwaltungsrat des Landesbestatters

berufen:

Dr. Baumgartner (Ztr.), Küdert (Soz.), Bauer (Deutsche Volkspartei), Dr. Leers (Dem.) und v. Au (Wirtschafts- und Bauernpartei).

In den Verwaltungsausschuß der Kreisjüdisch-Süddeutschen Klassenlotterie wird erneut Abg. Schneider (Ztr.) gewählt. Die Wenarstiftung erfährt sodann eine Unterbrechung, damit sich die Linienausschüsse konstituieren können und der Geschäftsausschuß zu den vorliegenden Anträgen Stellung nehmen kann.

Wider Erwarten zieht sich der Wiederbeginn der Sitzung bis nach 1 Uhr hin.

Die Zuhörtribünen sind nach wie vor stark besetzt. Die Ausschüsse haben sich konstituiert:

Haushaltsausschuß:
Vorsitzender: Küdert (Soz.), Stellvertreter: Dr. Baumgartner (Ztr.), Schriftführer v. Au (Wirtschafts- und Bauernpartei).

Rechtspflegeausschuß:
Vorsitzender: Schneider (Ztr.), Stellvertreter: Weismann (Soz.), Schriftführer: Dr. Walbed (D. Vpt.).

Ausschuß für Gesetze und Beschlüsse:
Vorsitzender: Steinel (D. Vpt.), Stellvertreter: Hilbert (Wirtschafts- und Bauernpartei), Schriftführer Hügle (Dem.).

Geschäftsausschuß:

Vorsitzender: Dr. Leers, Stellvertreter: Dr. Walbed, Schriftführer: Aufbaum (Soz.).

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Dr. Walbed (D. Vpt.) über den Vertrag mit der W. Baderia wegen Herstellung der Druckarbeiten für die Landtagsperiode 1929/33.

Der Vertrag wird ohne Debatte genehmigt.

Nationalsozialisten und Kommunisten enthalten sich der Stimme.

Angesichts der vorgerückten Zeit schließt darauf der Präsident die Sitzung.

Nächste Sitzung nachmittags 14 Uhr.

Schluß 1.20 Uhr.

Ausdehnung der Präsidialgewalt

Dem Landtag ist ein Antrag der beiden Regierungsparteien zugegangen, der eine weitgehende Reform der bisherigen Geschäftsordnung anstrebt. Unter anderem soll der Präsident das Recht erhalten, bei größtlicher Verletzung der parlamentarischen Sitten einen Abgeordneten auch ohne Ordnungsruf aus dem Saal weisen zu können, und der Präsident soll auch in allen freitragenden Fällen das Recht haben, die Geschäftsordnung nach seinem Ermessen auslegen zu dürfen. Auch die anderen Bestimmungen sollen zur Stärkung der präsidialen Autorität führen.

Sammlung für die Deutsch-Russen

Die Badische Landesgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtsvereine hat in Verbindung mit dem Badischen Landesverein vom Roten Kreuz einen Aufruf „Brüder in Not“ erlassen, in dem unter Hinweis auf die furchtbare Not, in der sich laufende deutschstämmige Bauern in Sowjetrußland befinden, das deutsche Volk aufgefordert wird, den bedrängten Brüdern zu helfen. Zu diesem Zwecke soll eine Sammlung auch in Baden durchgeführt werden.

Fahrt an den Hartmannswellerkopf

Am Wochentag... die Deutsche Friedensgesellschaft... Hartmannswellerkopf...

Verein der Lichtspieltheater-Besitzer Badens und der Pfalz

Der Verein der Lichtspieltheater-Besitzer Badens und der Pfalz... Karlsruhe... Baden...

Aus der Landeshauptstadt

Für Deutschlands Recht auf Kolonien

Der Bund der Auslandsdeutschen... Karlsruhe... Kolonien...

Nach Ortschaften... Karlsruhe... Kolonien... Wirtschaft...

Der Rebe, die mit einem Hoch auf Deutschland auslief...

13 000 Besucher. Die Ausstellung 'Nichtige Ernährung'...

Ablehnung des 5-Uhr-Ladenschlusses am Heiligen Abend...

Eine neue große Tankanlage in Karlsruhe. Die Rheinania...

Wetternachrichten der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe...

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Mannheim, 20. Nov. In Mannheim wurde am Dienstagabend...

DJ. Mannheim, 21. Nov. Am späten Nachmittag begann Mannheim...

Id. Heidelberg, 20. Nov. Die Heidelberger Christenankasse...

Id. Gengenbach, 21. Nov. Am Donnerstagvormittag wurde der Erweiterungsbau...

DJ. Freiburg i. Br., 20. Nov. über das Vermögen der Spar- und Darlehenskasse...

Id. Freiburg, 20. Nov. Das erweiterte Schöffengericht beurteilte den 45 Jahre alten Rechtsanwalt Friedrich...

DJ. Badenweiler, 20. Nov. Der badische Justizminister Dr. Trunt...

Id. Kleinfels (bei Müllheim), 21. Nov. Vor einigen Tagen ging eine Nachricht durch die Presse...



Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (21 November, 19 November), and exchange rates.

Zusammenbruch einer Freiburger Privatbank

Die Freiburger Privatbank, Bankhaus Otto Bürkle & Co., die sich seit einiger Zeit in Schwierigkeiten befand...

Beide Inhaber wurden wegen Depotunterschlagung in Haft genommen. Beide haben sich der Staatsanwaltschaft selbst gestellt...

Der Status der Bank läßt sich natürlich nicht abschätzen. Man rechnet aber damit, daß die Passiven mehrere Millionen betragen...

Rheinische Handelsbank AG, Mannheim, in Liquidation. In der Generalversammlung der Bank...

Literarische Neuerscheinungen

Bismarck. Von Professor Dr. G. Holoff. 187 Seiten. Geb. 1,80 M. In Sammlung Wissenschaft und Bildung Nr. 200.

Marburger Kunstbücher für Jedermann: Deutsche Mythe des Mittelalters, Deutsches Ornament, Olympische Kunst, Tempel Italiens.

Wirta Jelsch: Caesar. Roman. 500 Seiten. F. G. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung Nachfolger, Wien und Leipzig.

Staatsanzeiger

Dem Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerksvereinigungen in Heidelberg wurde die Erlaubnis zur Veranlagung einer Geldlotterie erteilt.

Der Verwaltung des Beamtentochterstifts Neubergshausen in München wurde die Erlaubnis zum Lotterietrieb in Baden erteilt.

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. November 1929 im Lande Baden verendet mit:

Table with columns for Amtsbezirk, Gemeinden, and animal counts (Schweinefleisch, Rindfleisch, etc.).

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten aus dem Bereich des Staatsministeriums

Ernannt: Oberlandesgerichtsrat Joseph Antoni zum Mitglied des Kompetenzgerichtshofs.

Bezeichnung des Beirats des Badischen Landesjugendamts. An Stelle des verstorbenen Landrats Hepp in Lehr wurde Landrat Wöhler in Freiburg für die restliche Amtsdauer...

Ministerium des Innern. Ernann: Medizinrat als Bezirksarzt Dr. Ernst Daaber in Freiburg zum Ersten Medizinrat als Bezirksarzt.

Beurlaubt: Regierungsrat Wilhelm Heftt beim Bezirksamt in Rehl an das Bezirksamt in Freiburg.

Entlassen: Genzarmeriehauptwachmeister Georg Schmitt, zuletzt in Forbach.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Neuenweg (bei Müllheim) wurde Bürgermeister Vogt mit 176 Stimmen wiedergewählt.

Schweinger Verkehrsvereine. In der Ausschussführung des Schweinger Verkehrsvereins wurden Mitteilungen über die abgelaufene Fremdenaison gemacht. Der Besuch des Schlossgartens ist wie folgt gestiegen: 1927: 135 637, 1928: 177 205, 1929: 194 718 Tageskarten. Dabei sind in der Berechnung für 1929 die Monate November und Dezember noch nicht inbegriffen. Die Sonderveranstaltungen im Jahre 1929 wurden von rund 43 000 Personen besucht. Die Zahl der Besucher mit Dauerkarten, einschließlich der Sonderveranstaltungen, wird mit 235 500 angegeben.

Schaffung von Arbeitsgelegenheit in Mingolsheim. Mit einer Mannheimer Großfirma sind zur Zeit Verhandlungen im Gange, um in der zur Zeit leerstehenden Zigarrenfabrik von Mehlner und Stolzentahler eine Filiale zu errichten. — In gleicher Angelegenheit ist ferner die Gemeindeverwaltung an die Schwerindustrie herangetreten, um das an der Reichsbahn gelegene Baugelände zwecks Niederlassung anzubieten.

Die Rechter Milchzentrale. Infolge der immer größer werdenden hygienischen Anforderungen an die Milch und deren Produkte und der in nächster Zeit erwarteten Verabschiedung des Reichsmilchgesetzes, sieht sich die Milch- und Molkereizentralgenossenschaft Rehl genötigt, ihre maschinellen Anlagen zu verbessern bzw. durch neue zu ersetzen. Um dies zu ermöglichen, sind häusliche Veränderungen innerhalb des Gebäudes nötig. Der Gemeinderat stimmte zu, jedoch wurden in bezug auf den Mietvertrag der Vertretung der Gemeinde im Vorstand bzw. Verwaltungsrat einige Vorbehalte gemacht.

Vom Bau der Schaunlandbahn. Noch vor Eintritt des Frostes konnten die Bahnhofsbauten im Tal wie auch in der Höhe im Rohbau vollendet werden. Es müssen jetzt noch die sieben vorgesehenen eisernen Säulen, über die das Tragsystem geführt wird, eingebaut werden und das Tragsystem und die Lauffeile angebracht werden. Man rechnet — wie aus Freiburg berichtet wird — bestimmt damit, daß man während des Winters durcharbeiten kann, so daß im Februar mit den Probefahrten begonnen werden kann.

Elektrizitätsversorgung von Neustadt i. Schw. Der Gemeinderat Neustadt hat ein vom Kraftwerk Kaufenburg angebotenes Sonderabkommen über die Versorgung des Ortsteils Hölzlebrud mit elektrischer Energie angenommen. Danach soll vom 1. Dezember d. J. an Hoch- und Heizstrom für die Verwendung beliebiger elektrischer Apparate in der Zeit von 12 bis 13 Uhr und von 21 bis 6 Uhr zu vier Pfennigen, für komplette elektrische Vollkuchen in der Zeit von 6 bis 12 Uhr und von 13 bis 21 Uhr zu acht Pfennigen abgegeben werden. Im Laufe des Monats Dezember wird in der Turnhalle eine Ausstellung verschiedener Typen elektrischer Vollkuchen und sonstiger elektrischer Haushaltsapparate veranstaltet werden. Weiter wird die Erstellung einer Transformatorstation in Hölzlebrud und die Versorgung der Ortsteile Ebene und Schenerebene von Neustadt aus beschlossen.

Moor Kultivierung bei Fullendorf. Die Stadtgemeinde Fullendorf ist dazu übergegangen, weite Flächen Moorried bei der Baumannmühle am Andelsbach urbar zu machen. Das Wasser- und Straßenbauamt Konstanz hat die entsprechenden Entwässerungspläne angefertigt. Auch das sogenannte Pfunger Ried soll demnächst entwässert werden.

Anleihen

zu normalen Sätzen
können süddeutschen

Gemeinden

mit größerem Waldbesitz
gewährt werden

Interessierte Gemeinden belieben sich zu wenden unter
J. 971 an die Expedition der „Karlsruher Zeitung“

In der Strafsache gegen den Schriftleiter Franz Moraller aus Karlsruhe wegen Beleidigung hat das Bad. Schöffengericht C 1 Karlsruhe am 20. Juni 1929 für Recht erkannt.

Der Angeklagte Franz Moraller, Schriftleiter in Karlsruhe, wird unter Belastung mit den Kosten wegen Beleidigung der Badischen Staatsregierung und deren Mitglieder zur

Geldstrafe von fünfhundert Reichsmark,
für den Fall der Unbeibringung zur Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt.

Zugleich wird der Badischen Staatsregierung und deren Mitgliedern die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen. Die Bekanntmachung hat je einmal durch den „Führer“ und die „Karlsruher Zeitung“ binnen 4 Wochen nach Zustellung des Urteils an die Beleidigten zu erfolgen.

Die vorstehende Abschrift des Urteils wird als richtig beglaubigt. Das Urteil ist rechtskräftig und vollstreckbar.

Karlsruhe, den 31. Oktober 1929.
Bad. Bezirksamt C 1.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle.
gez. Kunz. 3.972

Den Schutz der Brunnen und der
städtischen Leitungen.

Nachstehende Bestimmung der unterm 30. März 1912 erlassenen ortspolizeilichen Vorschrift (§ 6) wird in Erinnerung gebracht:

„Bei Eintritt der kälteren Jahreszeit sind sämtliche Privatbrunnen sowie die Wasserleitungsrohren, soweit sie freiliegen, durch geeignete Mittel vor dem Einfrieren zu schützen (Umhüllen mit Wärmehaltmitteln).“

Karlsruhe, den 16. November 1929. D. 3. 8
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion B



Badisches Landestheater

Freitag, 22. November 1929

* FS (Freitagmiete)

Th.-Gem. 601—800

Die verkaufte Braut

Romische Oper v. Smetana

Dirigent: Schwarz

Mitwirkende:

Blatt, Grünwald, Seyfert,

Kallab, Seiberlich,

Gröhinger, Gispach, Kiefer,

Löfer, Kettwig, Müller,

Schuster

Anfang 19¹/₂ Ende nach 23

Preise C (1 — 7 Mk)

Samstag, 23. Nov.: Maria

Stuart, Sonntag, 24. Nov.:

Fidelio, Montag, 25. Nov.:

Trojaner.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen
und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der
„Karlsruher Zeitung“

„RICHTIGE ERNÄHRUNG“

Für
Fleisch- und Wurstlieferung
in bester Ware empfehlen sich
die Innungsmeister der Landeshauptstadt

Wer Fleisch und Wurst ißt in dieser Welt,
mit dem ist's immer gut bestellt.
Er geht durchs Leben froh und stark,
man sieht's ihm an, er hat noch Mark.
Die heutige Zeit erfordert Nerven
bei Fleischkost geh'n sie nicht in Scherben.
Er strahlt vor innerem Wohlbehagen
Und überwindet frohgemut des Lebens harte Tage.
Wer vor dem Krieg hat g'spart an diesen Genüssen
und trug sein Geld mit ruhigem Gewissen
hinauf auf Sparkass' und auf Bank,
verlor viel Geld und war noch krank.

Drum nehme Dir nun zum Exempel:
18 Fleisch und Wurst und sei kein Gimpel.
Nutz es recht aus und sei gut Koch,
die G'sundheit bleibt dir immer noch.
Such Dir ein Metzger raus in guter Form,
Dann hast Du gleich auch eine Norm;
denn was bei ihm gut angeschlagen,
kann auch bei Deinem Körper nicht versagen.
Und kommst Du raus nach Rappenwört am Rhein,
dann sieht ein jeder gleich beim Schein,
der ist ein Kunde im Metzgerladen,
er strotzt vor Kraft und dicken Waden.

Richtige Ernährung ist
wichtig fürs Wohlbefinden

Speisen Sie in der

Reform-Gaststätte

Kaiserstraße 56 1 Treppe

Frische Gemüse Rohkost

Zusammengestellte Essen

Feine Platten

953



DIE KLUGE HAUSFRAU

deckt ihren Bedarf an Lebensmitteln, Schuhwaren u. Kohlen
nur im eigenen Geschäft



Aufnahme frei. Beitrittserklärungen in allen Verteilungsstellen.
Warenabgabe nur an Mitglieder

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe